

Das Casino schließen (2009)

"Genieren wir uns nicht. Seien wir unmodern. Sprechen wir über Kapitalismus."

- Günther Anders -

„Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe von Regierungen ist, den Finanzmärkten vorzuschreiben, welche Risiken sie eingehen sollen....“

- Henry Paulson, amerikanischer Finanzminister, FAZ, 12.02.2007 -

Forderungen 1)

TRANSPARENZ

Bilanzierung transparenter machen!

Finanzinstitutionen müssen dazu verpflichtet werden, alle ihre Aktivitäten in einer konsolidierten Bilanz inkl. der Einbeziehung von Zweckgesellschaften, Offshore-Einrichtungen o.ä. zu präsentieren und dürfen nicht mehr außerhalb der Bilanz- und Regulierungsvorschriften und somit auch unsichtbar für Anleger und Kontrollen gehalten werden.

Vorsichtsprinzip ergänzt Marktwertprinzip!

Zur Eindämmung prozyklischer Schwankungen vor allem auf internationaler Ebene sollen sich Bilanzierungsvorschriften zukünftig nicht nur starr am Marktwertprinzip orientieren.

Strukturierung & Verbriefung von Kreditrisiken eindämmen!

Die Strukturierung und Verbriefung von Kreditrisiken ist deutlich einzudämmen, indem der Gläubiger einen Mindestanteil von verbrieften und strukturierten Risiken in den eigenen Büchern halten muss. Schuldner müssen zudem das Anrecht auf ein Informations- und vorläufiges Widerspruchsrecht beim Verkauf von Forderungen erhalten.

„Finanz-TÜV“!

Finanzprodukte aller Art sind einer Finanzmarktaufsicht ("Finanz-TÜV") vorzulegen und dort zu registrieren, bevor sie unter Maßgabe spezifischer Zulassungsregeln eine Freigabe für den freien Handel erhalten.

KONTROLLE

Europäische und globale Finanzaufsicht ausbauen!

Die grenzüberschreitende Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden soll ausgebaut, eine europäische Finanzaufsicht zunächst durch Übertragung nationaler Befugnisse auf supranationale Ebene unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten vereinheitlicht und anschließend eng mit weiteren weltweit finanzpolitisch agierenden Kontrollinstanzen zusammenarbeiten, um mögliche Risiken möglichst schon frühzeitig erkennen und verhindern zu können. Notenbanken müssen in ihrem Handeln neben der Geldwertstabilität außerdem zunehmend stärker auch die Stabilität des Finanzsystems berücksichtigen.

IWF als Kontrollinstanz!

Der „Internationale Währungsfond“ (IWF) als weltweit finanzpolitisch agierende Kontrollinstanz soll nach einer Reform seiner internen Strukturen und einer gerechten Machtverteilung seiner Teilnehmerländer für die Einhaltung weltweit definierter Finanzmarktstandards verantwortlich werden.

Rechte und Kompetenzen von Aufsichtsräten stärken!

Die Ausdehnung aufsichtsrechtlicher Vorschriften und Publikationspflichten soll der Beseitigung von Informationslücken zwischen kontrollierenden und zu kontrollierenden Organen dienen. Kontrollorgane von Finanzakteuren sind zukünftig zudem nach rein beruflicher Qualifizierung zu besetzen.

Rating-Agenturen kontrollieren!

Rating-Agenturen müssen zukünftig von Staatsseite festgelegte Zulassungskriterien erfüllen. Dies bedingt transparente Bewertungskriterien und die Trennung von Bewertung und Beratung. Bei

Nichterfüllung ist ein Marktaufreten zu untersagen, bei bewusster Zuwiderhandlung sind zudem haftungs- und ggf. auch strafrechtliche Konsequenzen gesetzlich zu fixieren.

REGULIERUNG

Steuergelder regulierend einsetzen!

Steuergelder zur Stabilisierung von in Schwierigkeiten geratenen Finanzmarktakteuren sollen nur dort erfolgen, wo systemische Risiken zu befürchten und zudem ein langfristiges Überleben bei Beseitigung kurzfristiger und unverschuldeter Liquiditäts- und Solvenzproblemen erwartbar sind. Als Ausgleich für eine Staatsbeteiligung, ggf. sogar im Austausch gegen „schlechte Aktiva“, müssen weit reichende und allgemein gültige Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftsführung erworben werden, die mindestens für die Dauer der Beteiligung in Kraft bleiben.

Die Öffentliche Hand spekuliert nicht!

Finanzakteure in öffentlicher Hand, wie (Landes)Banken, Versicherungen, Staatsfonds etc. sollen Spekulationsgeschäfte auf ein erforderliches Mindestmaß reduzieren; Geschäftsfelder, die über den Raum der EU oder EWU hinausgehen, sollen zusätzlich begrenzt werden.

Eigenkapital und Liquiditätsvorsorge sichern!

Finanzprodukte sollen zukünftig je nach Wert- und Risikoentwicklung mit ausreichend Eigenkapital und Liquiditätsvorsorge unterlegt und international harmonisiert werden. Eine „ungesunde“ Fremdkapitalausweitung ist durch einen fixierten Eigen- und Fremdkapital-Hebel zu stabilisieren.

Spekulationen unrentabel machen!

Das Streben nach immer höheren Renditen soll durch die Abschwächung von Anreiz- und Vergütungssystemen das Spekulationsvolumen auf den Finanzmärkten und die daraus folgenden spekulativen Prozesse entschleunigen, um Rendite und Risiko wieder miteinander in Gleichklang zu bringen.

Stimmrecht an Haltedauer koppeln!

Ein durch Anteilsoptionen erworbenes Stimmrecht von Anlegern sollte zusätzlich an die Haltedauer der jeweiligen Anteile gekoppelt werden.

Leerverkäufe verbieten!

Rein spekulative Leerverkäufe von Finanzprodukten sollen verboten werden.

Steuervergünstigungen aufheben, Spekulationssteuer einführen!

Die 2002 eingeführte Steuererleichterung der Veräußerungsgewinne von Unternehmen und Unternehmensteilen an Kapitalgesellschaften soll ebenso zurückgenommen werden, wie die 2003 erwirkte steuerliche Vergünstigung bei der Verbriefung von Kredit zu Wertpapieren. Eine möglichst degressiv nach Haltedauer gestaffelte Spekulationssteuer soll verhindern, dass Finanzprodukte und Finanzierungsinstrumente nach reinem kurzfristigem Profitmaximierungskalkül agieren bzw. verwendet werden können, sondern Kapitalerhalt wieder vor Gewinnmaximierung steht.

Umlagefinanzierte Rentenversicherung stärken!

Die Notwendigkeit privat und betrieblich kapitalgedeckter Altersvorsorge, die zu enormen Kapitalströmen geführt hat und führt, muss durch die Stärkung der gesetzlichen, umlagefinanzierten Rentenversicherung und die verschärfte Beschränkung kapitalgedeckter Altersvorsorgemodelle beseitigt werden.

„Offshore-Zentren“!

Regelfreie Zonen in den so genannten „Offshore-Zentren“, die keinerlei positive gesamtwirtschaftliche Funktion haben und wesentlich zum Aufbau des Schattenbank-Systems beigetragen haben, müssen dazu einheitlich festgelegte Regulierungsvorschriften anwenden – ggf. durch Ausübung von Sanktionen oder dem Ausschluss von Kapitalmärkten.

Kredit-Mindeststandards einführen!

Kreditqualitäten sollen durch Vorgaben refinanzierungsrelevanter Mindeststandards (Eigenkapitalquote, Sicherheiten, Cashflow etc.) besser kontrolliert und gesteuert werden.

HAFTUNG

Manager in die Verantwortung nehmen!

Grundsätzlich sind gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, mindestens aber informelle Verhaltensregeln zu fordern, um Gehälter von Organmitgliedern und Geschäftsführern und vor allem -Abfindungen, die sich nur an kurzfristigen Unternehmenszielen bemessen, zu deckeln. Organmitglieder und Geschäftsführer sollen zudem für einen gewissen Zeitraum stärker persönlich für die Folgen ihres Handelns haften und evtl. Boni an Langfristindikatoren gekoppelt werden. Der Besitz unternehmenseigener Finanzprodukte ist zu untersagen.

Sicherungsfond einführen!

Finanzmarktakteure haben für sämtliche Finanzmarkttransaktionen eine Abgabe zur Bedienung eines risikoresistenten Sicherungsfonds zu leisten, gestaffelt nach Volumen und Risiko, welcher systemische Auswirkungen des Ausfalls einzelner Finanzakteure verhindern bzw. abfedern kann, ohne dass der Staat eingreifen muss.

Kompetente Beratung!

Um Informationsasymmetrien zwischen den Vertragspartnern abzubauen, sind haftungs- und ggf. auch strafrechtliche Konsequenzen für bewusste Veruntreuung und Verheimlichung von Risiken privater Anlagen kritisch zu überprüfen und ggf. auszubauen. Für Anleger sollte je nach Risikostaffelung eine Mindestgarantie von Verlustlimits bestehen, vergleichbar mit der Gewährleistung einer Leistung aus der freien Wirtschaft.

Forderungen 2)

Die hier formulierten Forderungen sollen Anstoss und Anregung für zukünftige Debatten und Auseinandersetzungen sein. Jeder einzelne Punkt muss natürlich an vielen Stellen präzisiert werden. Der Forderungskatalog, der hier aufgeführt ist, soll vor allem darstellen, dass unsere Forderungen kein Stückwerk sind, sondern ein ineinander greifendes Gesamtkonzept einer anderen Form des Wirtschaftens darstellen. Das konkrete Ausgestalten und Erstreiten einzelner Forderungen ist und muss Aufgabe des nächsten Jahres und der nächsten Jahre sein. Gerade die langfristige Vision muss vom Gesamtverband getragen und entwickelt werden.

KURZFRISTIG – STABILISIERUNG

Krisenschulden solidarisch finanzieren

Insbesondere bei der Finanzierung von Rettungspaketen findet in der öffentlichen Debatte faktisch keine Diskussion darüber statt, wer die Lasten der Finanzierung am Ende trägt. Dies ist aber von entscheidender Bedeutung und wird in den nächsten Jahren viele politische Entscheidungen vorbestimmen. Momentan werden die Hauptlasten recht einseitig an den Staatshaushalt delegiert. Letztendlich bedeutet dies beim Ziel ausgeglichener Haushalte, dass diese Schulden in der Zukunft über Einsparungen oder Steuererhöhungen refinanziert werden müssen. Betrachtet man die Entwicklungen der letzten Jahre, ist wahrscheinlich, dass diese Kürzungen weitere Sozialkürzungen nach sich ziehen werden. In Kombination mit der beschlossenen Schuldenbremse, die eine Senkung des Haushaltsdefizits bis 2020 auf 0,35% der BIP verlangt, entsteht ein extrem hoher Finanzdruck auf die öffentlichen Haushalte. Erschwerend hinzukommt, dass die Größenordnung des Problems schwer überschaubar ist, weil der Finanzbedarf der Banken angeblich faktisch täglich steigt und bis dato kein Ende in Sicht ist. Die Ausfallbürgschaften des Bundes, die im Bankenrettungspakt beschlossen wurden, betragen 400 Mrd. EUR, eine Summe deren Größenordnung schwer vorstellbar ist. Zum Vergleich, die geplanten Gesamteinnahmen des Bundeshaushaltes 2009 betragen 290 Mrd. EUR. Auch wenn im Moment nicht angedacht ist, dass die 400 Mrd. Bundesgeld real eingesetzt werden müssen, bleibt schwer vorstellbar, wie Beträge in dieser Größenordnung durch den Steuerzahler gegenfinanziert werden sollen.

Deshalb ist es notwendig andere Refinanzierungsmöglichkeiten für die Krisenkosten zu finden. So kann beispielsweise über eine einmalige Vermögenssteuer nachgedacht werden. Zukünftige Gewinne von Banken, die jetzt gerettet werden, könnten langfristig und direkt einen Beitrag zur Rückzahlung der Schulden leisten. In jedem Fall müssen die Profiteure des Finanzmarktes in die Refinanzierung einbezogen werden, um zu verhindern, dass über die Krisenrefinanzierung eine weitere Umverteilung von unten nach oben faktisch stattfindet.

Keine Bad Banks ohne mehrheitliche Beteiligung der Großaktionäre

Es kann nicht sein, dass die wertlosen Papiere der Banken vollkommen überbietet an den Steuerzahler „verkauft“ werden und an die Aktionäre der Großbanken direkt nach der Reprivatisierung

fette Renditen ausgeschüttet werden. Die wertlosen Papiere sollten viel mehr aus den zukünftigen Gewinnen der Banken abgetragen werden. Hierzu ist eine langsame Abschreibung der wertlosen Papiere über die nächsten Jahre denkbar. Dies könnte zum Beispiel über einen vereinbarten Abschreibungszeitraum geschehen, so dass die notwendigen Wertberichtigungen zwar über einen längeren Zeitraum realisiert werden, aber trotzdem letztendlich aus der Hand des Investors finanziert werden. So wäre sicher gestellt, dass nicht der Bund für die Zockerei anderer zahlt.

MITTELFRISTIG – REGULIERUNG

Kurzarbeitergeld refinanzieren

Zur kurzfristigen Überbrückung von Wirtschaftsflauten ist das Kurzarbeitergeld eine sinnvolle Maßnahme. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Steuerfinanzierung dieses Instruments nicht nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ kritisiert werden muss. Alternativ sollte aus den Unternehmen heraus in guten Zeiten ein solidarischer Kurzarbeitsfonds angelegt, aus dem Kurzarbeit später finanziert wird.

Verstaatlichte Banken, die Staatsfinanzen organisieren (z.B. Hypo Real Estate), auch im Staatsbesitz lassen

Das die Hypo Real Estate um keinen Preis aufgegeben werden kann, hat den einfachen Grund, dass sie große Teile der Staatsfinanzierung organisiert hat. Sie ist somit eine extrem wichtige Systembank. Nur leider hat das „Top-Management“ der Bank langfristige Staatskredite kurzfristig refinanziert. Dass das zu Problemen führen könnte, war wohl gänzlich unbekannt. Es darf nicht sein, dass der Staat bei solchen Zockern betteln gehen muss. Um die langfristige Liquidität und Kreditsicherheit des Bundes zu gewährleisten, sollte es eine Bank geben, die Staatskredite organisiert und in Staatsbesitz ist! Die Hypo Real Estate sollte also nach der Verstaatlichung im Besitz des Bundes bleiben und entsprechend umstrukturiert werden.

LANGFRISTIG

National und international Konsum fördern

Langfristig lässt sich die Kernursache der Finanzkrise nicht beseitigen, wenn nicht ein neues Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum gefunden werden kann. Dafür müssen weltweit Einkommen steigen. Auch früher konnten Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer nur durch Druck von unten erreicht werden. Internationale Solidarität zwischen den Beschäftigten, die dem weltweiten Lohnwettbewerb nach unten ein Ende setzt, ist dringender denn je. Allerdings immer noch genauso schwierig zu organisieren. Eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften muss deshalb von internationalen Verträgen wie z.B. internationalen Einkommenssteigerungszielen flankiert werden.

Entwicklungshilfe

Wie in der Analyse festgestellt wurde, müssen die Entwicklungsländer nicht nur an der Produktion, sondern auch am Konsum beteiligt werden. Dies würde zum einen eine deutliche Verbesserung der humanitären Lage bedeuten, die globale Wirtschaft stabilisieren und nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

Zur Finanzierung sollten neben den Beteiligungen der Industrieländer auch international operierenden Unternehmen und Finanzjongleure herangezogen werden. Die „Tobin Tax“ ist da als passendes Instrument zu nennen. Weiterhin ist es wichtig, dass viele der Länder des Südens endlich auch einen angemessenen Anteil an der Wertschöpfung bekommen, um sich gewissermaßen selbst aus dem Sumpf zu ziehen. Natürlich sollten bei der konkreten Ausgestaltung der Programme Bildung und Ökologie im Zentrum der Bemühungen stehen.

Europäische Steueruntergrenze und Mindestlöhne, ein Wachstumspakt für Europa

Der unsägliche Wettbewerb um den billigsten Arbeiter der letzten Jahrzehnte muss eingedämmt werden. Es kann nicht sein, dass sie im Zeichen der EU Sozialstandards in eine Abwärtsspirale gezwängt werden. Die Marktunion muss endlich auch zur Sozialunion werden. Nur so kann man sicherstellen, dass wir tatsächlich in ganz Europa ein gesundes Wachstum und eine menschenwürdige Lebenssituation für alle erreichen. Die ersten Schritte auf diesem Weg wären ein europäischer Mindestlohn und ein Mindeststandard bei den Sozialsystemen. Genauso wichtig sind aber einheitliche Steueruntergrenzen und eine Erweiterung des Investitionsprogramms gerade für die strukturschwachen Gebiete in der Union. All dies bietet die Chance, dass der größte Binnenmarkt der

Welt, den die EU ja darstellt, anspringt und so nicht nur die Lebensstandards der EU-Bürger steigen, sondern auch die globale Ökonomie davon profitieren kann.

Wie kann man eine stabile und gerechte Gesellschaft organisieren?

Davon ausgehend, dass die Ökonomie kein Selbstzweck ist, müssen wir Antworten finden jenseits des Wachstumfetischismus und des unbändigen Gewinnstrebens. Man muss sich mit der Tatsache abfinden, dass eine hoch entwickelte Volkswirtschaft langsamer wächst als ein aufstrebendes 3. Welt Land. Kann es nicht sein, dass auch eine stagnierende oder nur langsam wachsende Ökonomie die Bedürfnisse der Mensch befriedigt, vielleicht besser als eine von neoliberalen Strohfeuern angetriebene Wachstumsökonomie? Ist es nicht so, dass in den Industrieländern heute mehr Menschen in Armut leben als noch vor 30 Jahren? Wir müssen zu einer Wirtschaftsordnung kommen, in der der zentrale Lebensbereich des Wirtschaftens demokratisch geregelt und auch der ökologische und soziale Aspekt vernünftig berücksichtigt wird. Die Ökonomie muss den Menschen dienen! Hierzu müssen die Konzepte der Wirtschaftsdemokratie wieder als Lösungsansatz diskutiert und vorangetrieben werden. Eine demokratisch organisierte Marktwirtschaft ist möglich und, um den sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, auch ein sehr wirkungsvolles Instrument. Das kurzfristige Gewinninteresse durch die Möglichkeit einer sozialen und ökologischen Wirtschaft, die von der gesamten Bevölkerung gestaltet werden kann, zu ersetzen, bietet ungeahnte Möglichkeiten einer emanzipierteren, besseren Gesellschaft näher zu kommen.

Forderungen 3)

Nationale Alleingänge und ein Abschotten gegenüber dem Ausland sind falsch, stattdessen ist ein einheitliches europäisches Handeln notwendig.

Nachhaltiges Wirtschaften anstatt kurzfristige Rekordgewinne zu Gunsten von hohen Managergehältern muss die Lehre aus der Finanzmarktkrise sein.

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer oder Banker (siehe Beispiel Landesbanken). Trotzdem ist es sinnvoll, wenn die öffentliche Hand zumindest kurz- und mittelfristig an angeschlagenen Unternehmen oder Banken beteiligt ist oder sie sogar verstaatlicht, wenn sie in einem gewissen Grad systemisch und somit volkswirtschaftlich relevant sind und langfristig auch ein eigenständiges Überleben wahrscheinlich erscheint.

Das System der Sparkassen und Volksbanken in Deutschland hat die Finanzmarktkrise gut überstanden. Dies stellt damit ein Erfolgsmodell dar, welches europaweit eingeführt werden sollte.

Die Finanzmarktkrise muss als Chance für die Zukunft betrachtet werden. Die Investitionen in und die Förderung von zukunftsfähiger Industrie und Gewerbe (z.B. Erneuerbare Energien) muss Schwerpunkt der zukünftigen Wirtschaftspolitik sein.

Gute Bildung verhindert, dass Menschen mit unrealistischen Gewinnerwartungen zu riskanten Geschäften verleitet werden. Weiterhin fördert sie ein nachhaltiges Leistungsverständnis. Daher muss in die Allgemeinbildung der breiten Bevölkerung massiv investiert werden. Wir fordern demnach für alle Bürger einen verpflichtenden und staatlich subventionierten Volkshochschulkurs „Kapital- und Finanzmarkt-ABC“.

Begründung

Ursachen der Krise

Alle Welt redet von der durch faule Kredite ausgelösten Finanzkrise. Will man die Ursachen und Auslöser der Finanzkrise bewerten, muss man aber einen Schritt zurückgehen.

Am Ende der Ursachenkette stehen zweifellos Kreditausfälle in so gigantischem Ausmaß, dass diese jetzt die Zahlungsfähigkeit des gesamten Bankensystems in Frage stellen. Wie konnte es dazu kommen? Wurden Schuldner rund um den Erdball kürzlich von einer Epidemie erfasst, die ihre Zahlungsfähigkeit plötzlich und unerwartet zerstört hat? Wohl kaum. Inzwischen ist bekannt, dass in der Kreditvergabe von Hypothekenkrediten die Zahlungsfähigkeit von Schuldnern Stück für Stück immer optimistischer wurden. Zuletzt waren in den USA weder ein gesichertes Einkommen, noch eine ausreichende Wertschätzung des Wiederverkaufswerts des Hauses, noch Bürgschaften von zahlungskräftigen Unterstützern notwendig, um an einen Kredit zu kommen. Menschen wurden faktisch dazu aufgefordert Lebenskosten über Kredite zu finanzieren, deren Finanzierung nicht abgesichert war. Trotzdem wurden die so verkauften Kredite in den Ratingsystemen mit höchsten Bonitäten bewertet. Ein solches Verhalten ist aus der Sicht der Kreditanbieter an sich hochgradig

unsinnig. Allerdings waren außergewöhnliche Voraussetzungen vorhanden, die offensichtlich dazu geführt haben, dass die Kreditgeber bereit waren, die Regelungen des gesunden Menschenverstandes außer Kraft zu setzen. 1. Voraussetzung war die Tatsache, dass die Kreditgeber selbst nicht mehr darauf warten mussten, ihren Kreditzins zu realisieren, weil sie stattdessen ihre Kredite am Markt weiterverkaufen konnten. Voraussetzung 2 war, dass am Finanzmarkt eine riesige Nachfrage nach Hypothekenspapieren bestand. 3. war es den Geldinstituten möglich, die potentiellen Käufer der Hypothekenspapiere über ein kompliziertes Geflecht aus Stückelungen und Mischungen über das wahre Ausfallrisiko der Kredite zu täuschen und weiterhin beste Bonitätsratings vergeben zu können. Hypothekenfondmanager beschreiben einen extrem hohen Nachfragedruck nach solchen Papieren, der zu einer immer laxeren Vergabepaxis führte. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, warum eine so große Nachfrage nach Hypothekenspapieren bestand. Auf der anderen Seite fragt man sich, wieso eine Ausweitung privater Konsumkredite stattgefunden hat?

1. Falsche Bewertung von Kritikrisiken – Folge der Deregulierung?

Seit den 80iger Jahren sind eine Reihe von Schritten zur Liberalisierung von Finanzmärkten gemacht worden. In der Europäischen Union hat der Vertrag von Maastricht die nach eigenen Angaben vollständige Liberalisierung des Kapital- und Zahlungsverkehrs umgesetzt. Innerhalb der GATS-Abkommen, wo der freie Verkehr von Dienstleistungen geregelt wird, haben alle 25 Industrieländer Liberalisierungsschritte für Finanzdienstleistungen beschlossen. Durch den allgemeinen Liberalisierungstrend für Finanzdienstleistungen hat sich eine Situation entwickelt, in der sehr wohl Handelsregulierungen für bestehende Instrumente vorhanden waren, die Regulierungsbehörden aber neu in den Markt drängenden Instrumenten keinen Regelungen unterwarfen. Die nicht regulierten Bereiche der Finanzdienstleistungen haben in der Folge einen rasanten Boom erfahren.

Konkretes Beispiel hierfür ist der nicht börsennotierte Derivatemarkt (Derivate sind Geschäfte, die Entwicklungstrends absichern, z.B. Terminkäufe, Optionskäufe, aber auch Kreditausfallversicherungen). Der Derivatmarkt erlebte einen rasanten Aufstieg – wurden hier weltweit 1987 noch weniger als 1 Billion Dollar gehandelt, waren im Jahr 2000 92 Billionen und 2007 516 Billionen US-Dollar weltweit in Derivaten angelegt. Dies gibt zu denken, wenn man betrachtet, dass es sich hier um hochspekulative Geschäfte handelt.

Die konkreten „Meilensteine“ der Deregulierung in Deutschland:

1991: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer 1997: Abschaffung
der Vermögensteuer

1998: Legalisierung von Aktienrückkäufen, Managementvergütung über Aktienoptionen

2000 und 2008 Senkung der Körperschaftssteuer und der Kapitaleinkommensteuer

2001: Subventionierung privater Finanzdienstleister im Zuge der „Riester-Rente“

2002: Senkung der Steuer auf Veräußerungsgewinne bei Kapitalanlagen (von 40 % bzw. auf 0% bei Kapitalgesellschaften, durch Halbeinkünfteverfahren bei Privatpersonen)

2004: Legalisierung von Hedge Fonds, Aufweichung der Grenzen zwischen Investmentfonds und Hedge Fonds

2007: Zulassung und steuerliche Förderung von REITs (börsennotierte Immobilienfonds)

2008: steuerliche Förderung von Private Equity Fonds

Quelle: Antrag N2 des Juso Bundeskongress 2008 in Weimar

Einige der genannten Schritte wurden inzwischen rückgängig gemacht. Es fällt auf, dass viele der Schritte in Richtung deregulierter Finanzmarkt unter SPD-Regierung unternommen wurden. Auch Sozialdemokraten konnten sich dem allgemeinen Mainstream nicht entziehen. Umso mehr sind wir heute verpflichtet, dem Treiben auf den Finanzmärkten ein Ende zu setzen und konkrete Schritte hin zu einem sinnvoll regulierten Finanzmarkt einzufordern!

2 Steigende Geldmenge

Die Geldmenge M3 ist in den USA so stark gestiegen, dass sie seit 2006 nicht mehr veröffentlicht wird. Dies kann durch eine stark gestiegene Kreditvergabe und die Weiterverkäufe von Krediten geschehen sein, weil dieser Vorgang das Buchgeld vermehrt. Wirtschaftlich gesehen sollte das vorhandene Geldvermögen einer Volkswirtschaft an die Wirtschaftskraft derselben gekoppelt sein. Ansonsten stehen dem Geld keine Güter gegenüber die real damit gekauft werden können. Dies hat

zur Folge, dass Geld abgewertet werden muss, indem sich die Preise erhöhen. Man kann also sagen, dass das Preisniveau sich im Prinzip nach Angebot und Nachfrage regelt. Gibt es zuviel Geld am Markt, aber nur wenige Güter, konkurrieren die Geldbesitzer um die vorhandenen Waren, indem sie höhere Preise anbieten. Steigt das allgemeine Preisniveau, ist das Geld, was der Einzelne besitzt weniger wert. Daher ist eine Ausweitung der Geldmenge ohne Ausweitung der Wirtschaftskraft problematisch. Beobachtet man den Anstieg der US Geldmenge numerisch, lässt sich aufgrund der gigantischen Summe vermuten, dass keine entsprechende Wirtschaftskraft hinter dieser Geldmenge stehen kann. Folgerichtig muss man die Frage stellen, wie sich die Existenz dieser Geldmengenblase auf die Realwirtschaft auswirken wird. Wenn eine Angleichung von Wirtschaftskraft und Geldmenge geschehen sollte, kann dies entweder über Buchverluste geschehen (Menschen verlieren ihre Bankvermögen) oder durch eine Erhöhung des Preisniveaus (Inflation) schleichend auf Kosten aller reguliert werden. Die schnelle Korrektur über Buchverluste haben wir zum Teil gerade mit den Rettungsschirmen für die Banken verhindert. Die Buchverluste werden damit zu Staatsausgaben. Damit ist das Problem aber nicht gelöst. Der Staat kann jetzt entweder versuchen, diese somit gestiegenen Schulden durch Einsparungen zu tilgen, was einen weiteren Rückgang von Lohn- und Ersatzeinkommen bedeuten kann, oder zumindest theoretisch auf eine Erhöhung der Geldmenge setzen. Faktisch wird dieser Schritt momentan von der EZB kontrolliert und verhindert, so dass zumindest den europäischen Nationalstaaten dieser Weg versperrt bleibt. Die Gefahr für die weltweite Ökonomie, die eine Dollar-Entwertung bedeuten würde, ist riesig. Der Dollar ist die Ölwährung. Würde China oder ein anderer Besitzer großer Dollar-Devisen diese Reserven liquidieren, würde das ein Zusammenbrechen des Internationalen Währungssystem bedeuten und vermutlich den Staatsbankrott der USA nach sich ziehen, da diese ihre immensen Auslandsschulden nicht mehr tilgen könnten. Dieses Szenario ist zwar spekulativ, zeigt aber die immensen Eigendynamiken, die durch die falsche Geldpolitik der letzten Jahre ausgelöst werden könnten.

3 Sinkende Löhne als doppelte Ursache für die Krise

Kreditvergabe

Sicherlich haben die unkontrollierten Finanzmärkte ihren Teil zur Schärfe und Härte der Krise beigetragen. Doch alles nur auf das Versagen der Finanzaufsichten und einem massiven Regelungsbedarf zurückzuführen, ist sicherlich zu kurz gesprungen. Die Krise, mit der wir „in diesen Zeiten“ konfrontiert werden, ist bei weitem tiefergehend, als das eine falsche Finanzpolitik allein verantworten könnte. Es stellt sich die Frage, warum man so kreative „Finanzprodukte“ entwickeln musste? Warum gab es so viel Kapital? Die Antwort ist einfach, aber sie trifft die Grundpfeiler der neoliberalen Ökonomie. Es wurde schlicht ein zu großer Anteil des Gewinns an Kapitaleigner verteilt. Der Anteil den die lohnabhängige Bevölkerung an dem Erwirtschafteten bekam, war zu gering. Er reichte nicht, um die Märkte zu schaffen, die nötig gewesen wären, um die riesigen Gewinne sinnvoll zu investieren. Da war es nur praktisch, dass Unmengen an renditewilligem Kapital entstand. Dieses wurde dann, anstatt es in Produktionsstätten zu investieren, in großem Ausmaß an Verbraucher verliehen, damit diese dann eben doch konsumieren können. Dass das auf Dauer schief gehen musste, war klar. So wurde über Jahre der Bauboom in den USA finanziert. Es gab ja eigentlich auch keinen richtigen Markt, um so viel zusätzliches Kapital anzulegen, da schaffte man sich eben einen. Ähnliches gilt für die in jeder Hinsicht sinnlosen Bauprojekte in Spanien und anderswo. Dort wurde nicht dafür gebaut, dass Menschen mehr Wohnraum haben, es wurde nach den Maßstäben der Immobilien-Branche gebaut. Häuser mit Pool und nahe gelegenen Golfplatz am Meer sind mehr wert, also baute man im wasserarmen Spanien auch Häuser mit Pool und benachbartem Golfplatz am Meer. Das es für diesen ökologischen Supergau, die die Bauten für Spanien bedeuten, überhaupt keinen Markt gibt, an dem die erwarteten Preise realisierbar waren, störte nicht, solange die Bewertungen der Immobilien hoch und die zu erwartenden Erlöse beim Verkauf auf dem Kapitalmarkt entsprechend waren. Besonders extrem fand das Zu-kurz-halten der lohnabhängigen Beschäftigten in Deutschland statt. Hier sind in den letzten Jahren Reallöhne gesunken. Gleichzeitig wurden Transfereinkommen massiv gekürzt. Insofern ist es kein Wunder, dass die Wirtschaft permanent Schwierigkeiten hatte, ihre Güter in ausreichendem Maße im Inland abzusetzen. Die „Geiz ist geil“-Mentalität hat ihren Hintergrund nicht nur in der traditionellen Sparsamkeit der Deutschen, sondern auch darin, dass viele Menschen real über weniger Kaufkraft verfügen und trotzdem versuchen, ihren Lebensstandard zu erhalten. Gleichzeitig wurden über den extrem starken Export Konsum aus anderen Teilen der Welt zum Verkauf deutscher Produkte akquiriert und so ein Teil der Konsumschwäche ausgeglichen. In anderen Teilen der Welt sind ähnlich Prozesse abgelaufen. Wenn Lebensrealität in den USA bedeutet, dass eine große Zahl von Menschen mehrere Niedriglohnjobs annehmen muss, um sich über Wasser zu halten, dann ist klar, warum sich Menschen mit Krediten ihren Konsum finanzieren. Hinzu kommt das immer noch ungelöste Entwicklungsproblem in den Ländern des Südens, die zwar als Rohstoffmärkte genutzt werden und Absatzmärkte darstellen sollen,

aber nicht gleichberechtigt am Produktionsprozess teilnehmen und daraus keine ausreichenden Einkommen kreieren können, um die Güter des Weltmarktes konsumieren zu können. Obwohl die Problemlösungsstrategien in den einzelnen Ländern unterschiedlich waren, ist klar, dass die Kernproblematik auf zu geringen Einkommen weltweit basiert, die den Konsum der verfügbaren Gütermenge ermöglicht. Zeitgleich zu den sinkenden Absatzchancen an den Produktionsmärkten gab es eine völlig überzogene Gewinnerwartung an den Finanzmärkten, wo Ausnahmerenditen von 25% zum Regelfall erklärt wurden und Maßstab für alle anderen Investitionen wurden. Weil solche Gewinne real nicht langfristig erzeugt werden können, wurden unseriöse Investitionsmöglichkeiten geschaffen, wodurch seriöse Projekte ihren Kapitalbedarf nicht decken konnten. Nun ist aber dieses fragile Gebilde geplatzt.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass die ungleiche Verteilung des Geldes, zu hohe Kapitaleinkommen für wenige und zu niedrige Lohn- und Ersatzeinkommen für die meisten bedeutet. Daraus musste ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage entstehen. Dieses Ungleichgewicht ist Ursache der Wirtschaftskrise, solange es im Kern nicht beseitigt werden kann, besteht die Krisenursache weiter fort.

Was müssen wir Jusos daraus lernen?

Deregulierung, Lohnrückerei und Privatisierung haben ihren Preis und der ist viel höher als der Nutzen. Nicht der Markt darf die Politik vor sich her treiben, sondern die Politik muss klare Regeln schaffen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Lohn und Kapital wieder ins Gleichgewicht kommen. Denn Autos kaufen nun mal keine Autos.

4 Auswirkungen der Rettungspakete

In vielen Ländern wurden Bankenrettungspakte aufgelegt, die zu großen Teilen Ausfallbürgschaften sind, zum kleineren Teil aber auch direkte Finanzhilfen an die Banken darstellen. Beispielhaft sind hier einige Länder aufgelistet:

Niederlande 200 Mrd. Euro Bürgschaft für Kredite der Banken untereinander

Deutschland: Bankenrettungsbürgschaft 400 Mrd. Von diesen 400 Mrd. Euro wurden vorsorglich 20 Mrd. Euro in den Bundeshaushalt eingestellt. Weiterhin darf der Fonds Kredite bis zu einer Höhe von 80 Milliarden Euro aufnehmen, um Beteiligungen an begünstigten Unternehmen zu erwerben sowie „problematische Vermögenswerte“ zu übernehmen. Der Haushalt ist also unmittelbar mit 100 Mrd. Euro belastet.

Frankreich: Hilfspaket von 360 Milliarden Euro verabschiedet, darin sind 320 Milliarden Euro Absicherungsgarantien bis Ende Dezember 2009 für Darlehen ab fünf Jahren Laufzeit zwischen den Banken sowie rund 40 Milliarden Euro Kapital direkt an gefährdete Banken enthalten.

Österreich: Staatliche Garantien für Kredite zwischen Banken mit bis zu 85 Milliarden Euro. Weitere 15 Milliarden Euro Kapital sind für Not leidende Banken direkt vorgesehen.

GB: Rettungsbürgschaften von 500 Milliarden Pfund (rund 663 Milliarden Euro), davon sollten 50 Milliarden Pfund als Kapital direkt den angeschlagenen Banken zur Verfügung stehen. 37 Mrd. Pfund sind davon bereits in Anspruch genommen.

USA: 700 Mrd. Dollar Rettungspaket plus komplexe Zukäufe von „Faulen Krediten“ durch die Zentralbank um Liquidität zurück in den Markt zu bringen.

Allein die tatsächlich in Anspruch genommenen Staatshilfen nehmen in Europa und den USA ein gigantisches Ausmaß an. Wenn zusätzlich hierzu Teile der Ausfallbürgschaften eingelöst werden müssen, kommt ein gigantischer Finanzbedarf auf die Nationalstaaten zu. Zum Vergleich der Bundeshaushalt 2009 plant mit 290 Mrd. Einnahmen. Dagegen wirkt das deutsche Konjunkturpaket II mit seinen 50 Mrd. EUR die zur Ankurbelung der Konjunktur verwendet werden sollen, fast kümmerlich. Hier wird ein bunter Strauß potentiell konjunkturfördernde Maßnahmen verabschiedet: die Krankenkassenbeiträge, die gerade auf einen Einheitssatz erhöht wurden, werden wieder um 0,6% gesenkt, ohne jedoch die Erhöhung des Arbeitnehmeranteils ebenfalls rückgängig zu machen. Steuererleichterungen werden über eine Erhöhung des Grundfreibetrages gewährt, pro Kind werden im März/April einmalig 100 EUR zusätzliches Kindergeld ausgezahlt, die „Hartz IV“-Regelsätze für Kinder wurden von 60 auf 70 % des Bedarfes eines Erwachsenen erhöht, die Einkommenssteuer gesenkt, für den Kauf eines Neuwagens werden 2500 EUR Abwrackprämie auf den Altwagen gezahlt, es sollen in den nächsten zwei Jahren 18 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert werden, 2009 und 2010 werden die Sozialbeiträge für das Kurzarbeitergeld vom Staat übernommen, zusätzliche Mittel von mehr als zwei Milliarden Euro werden für Qualifizierungsmaßnahmen besonders für

Langzeitarbeitslose und Arbeitssuchende ohne Berufsabschluss bereitgestellt, davon 1,2 Milliarden Euro aus dem Bundesetat. Zudem soll die Bundesanstalt für Arbeit neue Arbeitsvermittler einstellen. Im ersten Konjunkturpaket wurden zudem bereits eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate beschlossen, die KFZ Steuer beim Neuwagenkauf für 1 Jahr erlassen, die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen erweitert, die degressive Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter befristet auf 2 Jahre wieder eingeführt und 15 Milliarden KfW-Kredite für in Finanzierungsschwierigkeiten geratene Mittelständler gewährt. Des Weiteren wurde ein Kommunales Investitionsprogramm von 10 Mrd. EUR, die hauptsächlich in Bildung und Infrastruktur investiert werden sollen, aufgelegt.

Als neueste Maßnahme wurde gerade ein Rettungspaket von 100 Mrd. Umfang für normale Unternehmen beschlossen, so dass nun nicht nur Banken, sondern auch andere Unternehmen Staatsbürgschaften und Direkthilfen in Anspruch nehmen können. Fast täglich werden neue Aktivitäten angekündigt.

Die Maßnahmen aus den Paketen, die auf eine Stärkung der Kaufkraft zielen, sind grundsätzlich in unserem Sinne, insbesondere wenn sie untere Einkommenschichten gezielt entlasten. Besondere Erwähnung verdient die Anhebung des „Hartz IV“-Kindersatzes, weil hier eine menschenunwürdige Situation, die schon lange von den Jusos kritisiert wird, zumindest abgemildert wird. Allerdings darf die Wirksamkeit der Pakete für eine tatsächliche Ankurbelung der Konjunktur bezweifelt werden. Die Maßnahmen sind zaghaft, und die reale Entlastung pro Person wird sich wohl ca. im Bereich von 150 EUR befinden. Problematisch ist auch, dass die Gelder über eine Steuerreduzierung gewährt werden, d.h. faktisch übers ganze Jahr verteilt werden und somit kaum real greifbar sind. Ein echter „Kick“ für den Konsum ist deshalb davon kaum zu erwarten. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes ist begrüßenswert, in der Hoffnung, dass Arbeitsplätze auf diese Art über die Krise hinweg erhalten werden können.

Der wirklich wirkungsmächtige Teil der Staatsmaßnahmen werden aber nicht die Konjunkturpakete, sondern der Bankenrettungsplan sein. Und dies nicht unbedingt im positiven Sinne. Ein Eingriff von staatlicher Seite, um das Bankensystem vor Insolvenzen zu bewahren, ist zweifellos nötig, denn die Folgen einer Bankenpleite sind katastrophal, wie man vor einigen Jahren am Beispiel Argentiniens beobachten konnte. Weil alle Menschen ihre Spareinlagen von den Banken holen wollten, brach das Bankensystem komplett zusammen. Niemand konnte mehr Geld bekommen. In den Fabriken konnten keine Löhne mehr gezahlt werden. Viele funktionierende Unternehmen mussten dicht machen. Die Arbeitslosigkeit stieg rasant an. Ein solches Szenario können sich SozialdemokratInnen nicht wünschen. Trotzdem muss man sich fragen, was die Folgen von hunderten Milliarden Staatsschulden rund um den Erdball sein werden, die dazu benutzt werden Teile der faulen Kredite auf Kosten der Steuerzahler zu bezahlen. Die entstandene Lücke im Staatshaushalt muss geschlossen werden. Die erste Möglichkeit ist, Geld zu drucken und die Inflation anzuheizen, damit die Schulden weniger Wert sind. Dies kommt einer faktischen Enteignung der Besitzer von Staatsanleihen gleich. (Kleine Leute, Oma & Opa legen hier gern ihr Geld an). Die zweite Möglichkeit ist die Lücken durch Einsparungen in Staatshaushalt in den kommenden Jahren zu erwirtschaften. Es steht stark zu vermuten, dass dies den Sozialhaushalt weiter schrumpfen wird. Möglichkeit 3, Steuererhöhungen zur Gegenfinanzierung, werden momentan überhaupt nicht diskutiert. Die in Deutschland diskutierte Schuldenbremse ist hier besonders kritisch zu betrachten, weil Sie dem Staat zusätzlich unter Druck setzt, kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen, die krisenverschärfend sind.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass sich die Auseinandersetzung mit Krisenbewältigungsstrategien um 3 Kernfragen dreht. 1. Wer muss in welchem Ausmaß die entstandenen Verluste langfristig gegenfinanzieren. 2. Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um die Ursachen der Krise zu beseitigen und ist es möglich die Ursache innerhalb des real existierenden Kapitalismus vollständig zu eliminieren?

Die seit Ende 2008 auch in Deutschland auftretende Finanzmarktkrise hat nun auch die Realwirtschaft erreicht und wird zu noch unübersehbaren Folgen führen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Milliardenhilfen für den Automobilsektor sind nur zwei von vielen gravierenden Folgen, die den Staat und damit die Gesellschaft schwer belasten.

Für uns Jusos stellt sich daher die Frage, was wir aus dieser Krise für die Zukunft mitnehmen.

Zunächst muss das Problem auf der Ebene bekämpft werden, auf der es grassiert; und dies ist international. Rein nationale Lösungen sind in der aktuellen Krise nicht zielführend. Dies hat schon die große Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gezeigt, in der die einzelnen Staaten wirtschaftlichen Protektionismus betrieben und damit gescheitert sind. Daher kommt der europäischen Union und

anderen Organisationen wie den G8 eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Krise zu. Die internationale Vernetztheit des Kapitals hat dazu geführt, dass sowohl positive Effekte einer Region als auch negative sofort auf die ganze Welt übertragen werden. Folglich ist es von Nöten, dass weltweit nach einheitlichen, transparenten und sozialen Regeln gewirtschaftet wird. Diese Regeln zu erstellen und auch Akutmaßnahmen zu entwickeln ist das Gebot der Stunde.

Wie könnten solche Maßnahmen aussehen?

Der erste Schritt besteht darin, dass nachhaltige Wirtschaften mehr zu fördern und kurzfristiges Profitdenken einzuschränken. Dass starre Denken in Quartalszahlen hat dazu geführt, dass Manager verleitet wurden, die langfristigen Folgen ihres Handelns als sekundär zu betrachten. Dies führte unter anderem zu einem eher riskanteren Handeln der Betroffenen. Natürlich ist Risiko immer und überall vorhanden, doch sollte es in einem überschaubaren Maße bleiben. Der Staat verfügt über Steuerrichtlinien und Abschreibungsregelungen die Möglichkeit, weit blickendes Wirtschaften mehr zu fördern als kurzfristiges. Diese müssen genutzt und eventuell verschärft werden. Weiterhin ist dafür zu sorgen, dass diese Lenkungsmöglichkeiten in möglichst allen wirtschaftlich bedeutsamen Ländern umgesetzt werden.

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Dies steht für die Jusos außer Frage. Doch in extremen Fällen, kann es dazu kommen, dass ein direktes Eingreifen des Staates in Unternehmen von Schlüsselbedeutung nicht ausgeschlossen werden darf. Dies kann bis zur Verstaatlichung einzelner Unternehmen führen. Allerdings sollte bedacht werden, dass dies nur in höchsten Ausnahmen der Fall sein darf. Insolvenzen gehören wie Neugründungen zur Natur der Wirtschaft und sind zu akzeptieren. Dies gilt besonders für Branchen, in denen eine generelle Marktübersättigung an Produkten vorherrscht. Stabilisierungsversuche des Staates zu Gunsten einiger Unternehmen könnten zur Benachteiligung an sich gesünderer Unternehmen und/oder einer Aufrechterhaltung eines strukturellen Defizits im gesamten Branchenbereich führen. Somit würden wieder neue Blasen entstehen, die die Grundlage für die nächste Krise legen würden. Vorsicht und ein gewisses Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes sind also angebracht.

Ein Hauptpunkt für die Entstehung der Finanzmarktkrise auch in Europa liegt in einer nicht funktionierenden Bankenaufsicht hierzulande. Diese ist in Zukunft besser auszustatten und mit mehr Befugnissen zu versehen. Zeitgleich müssen auch Rating-Agenturen in ihrem Handeln mehr in die Verantwortung genommen werden. Falsche Zertifizierung der Produkte und die Tatsache, dass die Agenturen von den Banken bezahlt wurden haben zur Verschleierung von Risiken geführt. In Zukunft könnte der Staat die Beauftragung und Bezahlung der Agenturen übernehmen, welche somit endlich frei die echten Risiken bewerten könnten. Zur Finanzierung dessen sind die Banken mittels geschickter Steuerpolitik und/oder Zwangsgebühren zur Verantwortung zu ziehen. Ein weiterer Punkt liegt in der Genehmigung neuer Finanzmarktprodukte durch eine staatliche Zertifizierungsstelle. Dies soll verhindern, dass zu riskante Produkte überhaupt auf den Markt kommen. Auch bestehende Produkte sind zu überprüfen.

Als stabilisierender Faktor hat sich in Deutschland das dreigliedrige Bankensystem aus Privatbanken, Volksbanken und Sparkassen erwiesen. Gerät eine Stütze ins Wanken, so können die anderen noch die Last tragen. Allerdings muss die Geschäftspolitik der Banken auch langfristig ausgerichtet sein. Gerade die Landesbanken haben sich in der Vergangenheit zu oft auf zu riskante Geschäfte eingelassen und sind oftmals in große Probleme gekommen. Landesbanken haben nicht den Zweck mit Privatbanken international um Prestigeprojekte und Umsatzrekorde zu konkurrieren, sondern sollen die Sparkassen bei zu finanzierenden Großprojekten hierzulande unterstützen, die von struktureller Bedeutung sind.

Das traditionelle dreigliedrige Bankensystem Deutschlands sollte in ganz Europa eingeführt werden, wobei der gemeinschaftliche Sektor der Sparkassen und Volksbanken seiner Funktionen in der Förderung lokaler Wirtschaft haben sollte.

Als struktureller Bestandteil dieser Krise muss auch eine nicht ausreichende Bildungspolitik genannt werden. Menschen, die sich wider besseren Wissens von der Gier verleitet haben lassen Risiken zu ignorieren, hatten nicht mehr Anteil an der Krise als Menschen, die nicht in der Lage waren die Risiken ihrer Geschäfte überhaupt zu erfassen und zu überblicken. Bei diesen war die Bildung wohl nicht ausreichend. Der gesunde Menschenverstand müsste bei gewissen Renditen sagen, dass dies nicht mit rechten Dingen zugehen kann. Allerdings schien diese Mentalität nicht ausreichend verbreitet zu sein. Bildung der Vernunft ist also Grundlage für jedes erfolgreiche Handeln.

Weiterhin schafft ein großer Pool an gut gebildeten und ausgebildeten Menschen die Grundlage zur Lösung solcher Krisen.

Abschließend müssen die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch als Chance begriffen werden. Jetzt gilt es die Weichen für die Zeit nach der Krise zu stellen und in zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen zu investieren. Besonders den erneuerbaren Energien und der Biotechnologie kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Es könnte sein, dass sich Deutschland von seiner Rolle als Automobilland verabschieden muss. Warum sollte es nicht die erneuerbaren Energien werden, die die Rolle des Automobilbereichs übernehmen könnten? Das Potenzial hierzu besteht.